

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Heimatzeitung der Kreise Calw und Freudenstadt — Amtsblatt der Stadt Altensteig

Bezugspr.: Monatl. d. Post N. 1.20 einchl. 18 J. Beförd.-Geb., zur 38 J. Zustellungsgeb.; d. Ag. N. 1.40 einchl. 20 J. Austrägergeb.; Einzeln. 10 J. Bei Nichterhalten der Ztg. inf. hoh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtanschrift: Tannenblatt, / Fernruf 321.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig. Text millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabfuhr Nachh. nach Preisliste. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 3

Altensteig, Mittwoch, den 4. Januar 1939

62. Jahrgang

USA.-Imperialismus auf dem Vormarsch

30 neue Flottenstützpunkte angeblich für „normale Operationen“ — Die pazifischen Inseln werden besetzt

Washington, 4. Januar. Die Marine der Vereinigten Staaten ist jetzt mit der sensationellen Forderung nach Errichtung von 30 neuen Flottenstützpunkten hervorgetreten. Dieser Plan ist eine logische Folge der gewaltigen Rebauprogramme für Kriegsschiffe und steht offenbar die restlose Beherrschung des Stillen Ozeans durch die USA-Flotte vor. Alle wichtigen Amerika gehörenden Inseln im nördlichen Pazifik und sogar an der Südküste Alaskas werden für diesen Zweck herangezogen. Selbstverständlich soll dieses imperialistische Ziel der durch kein Land der Welt in ihrem Besitz und ihrer Bewegungsfreiheit bedrohten Vereinigten Staaten durch die behäufliche Behauptung verdeckt werden, die neuen Stützpunkte seien für die „normalen Operationen“ (1) der amerikanischen Flotte erforderlich.

Der Bericht des Marineständesausschusses, der die Stützpunktbearbeitung der USA-Flotte einer Prüfung unterzogen, ist am Dienstag von Marineminister Swanson dem Abgeordnetenhaus des Kongresses zugeleitet worden. Die insgesamt 30 vom Marineministerium darin als notwendig bezeichneten Flottenstützpunkte sollen zur Stationierung von Flugzeugen, U-Booten, Zerstörern und Minenlegern dienen. Als die wichtigsten Projekte bezeichnet der Bericht Stützpunkte für Marineflugzeuge in der Kanoe-Bay und auf der Midway, Wake, Johnston- und Palmyra-Insel im mittleren Pazifik sowie auf Guam, ferner auf den zu Alaska gehörenden Kodiak- und Sitka-Inseln. Ein neuer Stützpunkt soll auch in San Juan auf Portorico errichtet werden. Schließlich wird unter den wichtigsten Vorhaben noch die

Erweiterung der Ausbildungseinrichtungen der Hauptfliegerschule in Pensacola (Florida) erwähnt.

In USA. wird das System der Demokratien demonstriert

Notifizierung für politische Wahlzwecke / Arbeitsministerium für Großteil umstürzlerischer Spionage und Agitation verantwortlich

Washington, 3. Januar. Nachdem am Dienstag hier Wiederzusammentritt erfolgte, ging beiden Kongresshäusern ein wichtiger und aufsehenerregender Ausschussbericht zu. Der Senatsausschuss, der die Ausgaben für die Wahlkampagne unterzucht, erklärte in seinem Bericht an den Bundes Senat, daß in verschiedenen Bundesstaaten Notifizierung für politische Zwecke verwendet worden seien. Der Bericht enthält zwar keine besondere Kritik an dem bisherigen Leiter des Bundesbüros für produktive Arbeitslosenfürsorge Harry Hopkins, einer umstrittenen Persönlichkeit, die kürzlich zum Handelsminister ernannt wurde, verlangt aber gesetzgeberische Maßnahmen, um weiter derartige Vorkälle in den Bundesstaaten unmöglich zu machen.

Dem Abgeordnetenhaus ging ferner ein Bericht des bekannten Dies-Ausschusses zu, in dem erklärt wird, daß das Arbeitsministerium für einen großen Teil der „umstürzlerischen Spionagebetätigung und Agitation“ in den Vereinigten Staaten verantwortlich sei.

Daladier in Tunesien

Paris, 3. Jan. Ministerpräsident Daladier ist am Dienstag morgen an Bord des Kreuzers „Hoch“ im Hafen von Bizerte eingetroffen. An den Hafenanlagen hatten Ehrenkompagnien der Marine-Infanterie Aufstellung genommen. Als der Ministerpräsident die Motorbarke verließ, feuerten die im Hafen liegenden Kriegsschiffe Salutschüsse ab. Der Generalresident von Tunis, Eric Labonne, sowie ein Vertreter des Bays von Tunis empfingen den Ministerpräsidenten und seine Begleitung in Gegenwart der Zivil- und Militärbehörden sowie Abordnungen der Eingeborenen.

Ministerpräsident Daladier begab sich nach der Ausschiffung zu den Befestigungen von Retkine.

Daladier in Tunis

Nach der Befichtigung der Befestigungsanlagen von Retkine begab sich Daladier mit seiner Begleitung nach Sardo, etwa 4 Kilometer von Tunis entfernt, wo sich das Palais des Bays von Tunis befindet. Der Bay empfing den Ministerpräsidenten, umgeben von seinen Ministern und Generalen, und führte ihn in den Thronsaal, wo Begrüßungserklärungen abgegeben wurden. Daladier betonte dabei, daß die Verbundenheit zwischen Frankreich und Tunis täglich durch die Solidarität der gegenseitigen Dienste und den ständig wachsenden Wohlstand, zu dem sie führten, enger gestaltet würde. Nach dem Empfang beim Bay von Tunis hielt Daladier gegen 12.15 Uhr seinen offiziellen Einzug in die Stadt von Tunis, wo er ebenfalls herzlich von der Bevölkerung begrüßt wurde. Er begab sich zunächst zum Gefallenendenkmal, wo er einen Kranz niederlegte. Gegen 12.40 Uhr traf er dann im Palais des Generalresidenten ein, wo ihm zu Ehren ein Essen stattfand.

Die deutsch-englischen Flottenverhandlungen

Falschmeldungen der englischen und französischen Presse

London, 3. Jan. Die gesamte englische Presse hat die deutsch-englischen Flottenverhandlungen mit großem Interesse verfolgt und stellt schon seit Tagen allerlei Vermutungen über die Gründe an, die Deutschland bewegen haben könnten, von dem ihm vertraglich zustehenden Recht einer Beschränkung der Unterseeboote und der schweren Kreuzer Gebrauch zu machen. Daß dabei dem deutschen Schritt zum Teil durchaus abwegige Motive unterzogen werden, nimmt bei der Einseitigkeit eines Teiles der englischen Presse nicht wunder. Einige Blätter versuchen auch, aus dem berechtigten und natürlichen Wunsch Deutschlands nach verstärktem Schutz seiner Küsten in irgend einer Weise politisches Kapital zu schlagen.

So nimmt der „Daily Telegraph“ an, daß Deutschlands Entschluß, mehr Unterseeboote zu bauen, auf englischer Seite zu einem beschleunigten Bau von Zerstörern führen werde. Der marxistische „Daily Herald“, der natürlich für den deutschen Schritt kein Verständnis aufbringen kann, glaubt als Grund den angeblichen gewaltigen Ausbau der sowjetrussischen U-Boot-Flotte angedeutet zu können, während der konservative „Scotsman“ die starke Vergrößerung der amerikanischen Atlantik-Flotte und Luftwaffe anführt. Der Flottenkorrespondent der offiziellen „Sunday Times“ weist darauf hin, daß Deutschland, wenn es weiterhin wie bisher kleine U-Boote baue, bei voller Ausnutzung der ihm zustehenden Tonnage zahlenmäßig eine doppelt so starke U-Boot-Waffe wie England haben werde. An anderer Stelle glaubt das Blatt die Verstärkung der deutschen U-Boot-Flotte mit dem Mittelmeer-Problem in Verbindung bringen zu müssen. Deutschland wolle, so wird behauptet, mit seinen U-Booten „aktive Mittelmeer-Politik“ betreiben, worauf „Sunday Times“ resigniert hinzufügt, daß, wenn Deutschland direkt oder indirekt eine Seemacht im Mittelmeer werde, „viele Hoffnungen zerbröckeln würden“.

Paris, 3. Jan. Auch die französische Presse ergeht sich in Rätzeln über die Bedeutung der deutsch-englischen Flottenverhandlungen, wobei die Blätter sich offenbar dazu berufen fühlen, sich für England den Kopf zu zerbrechen und „wärende Ratsschlüsse“ zu erteilen. Der „Temps“, der einen neuen Rüstungswettlauf zur See voraussetzt, muß zwar die Berechtigung der deutschen Forderung anerkennen, glaubt aber England vor allen möglichen fürchtbaren Gefahren warnen zu müssen, die ihm von der deutschen Flotte drohen könnten. Der „Petit Parisien“ spricht sogar von einer Bedrohung der „imperialen Wasserstraßen“ Englands und Frankreichs, während der „Figaro“ meint, daß Deutschland nicht ohne Grund U-Boote baue. Diese Maßnahmen verfolge es in die Lage, zahlreiche Einheiten für die Nordsee und den Kanal zur Verfügung zu haben. Der sozialdemokratische „Populaire“ schreibt in der üblichen Gehässigkeit:

Gegenüber diesen Gerüchten und Gehässigkeiten in Paris und London muß darauf hingewiesen werden, daß das endgültige Ergebnis der Berliner Besprechungen noch gar nicht vorliegt. Daß aber Deutschland von dem ihm zustehenden Recht der Vergrößerung der U-Boot-Tonnage und des Baues schwerer Kreuzer Gebrauch machen wird, ist ohne Zweifel. Dabei versucht Deutschland nicht einen Vorstoß

zum Wettlaufen zur See, vielmehr handelt es sich einfach um eine Frage der Landesverteidigung und Sicherung der Seewege. Das neue Zusatzabkommen ist gegen niemand gerichtet, auch nicht gegen Moskau, vielmehr nur die Ausnützung eines vertraglichen Rechtes.

Daß die Ansprüche der totalitären Staaten im übrigen die Rechte der angelsächsischen Mächte auf Seemacht in keiner Weise antasten, mag weiter ein Vergleich zwischen den in Dienst gestellten, in Bau begriffenen und geplanten Kriegsschiffen Deutschlands und Italiens auf der einen und England und Amerika auf der anderen Seite erweisen. An Schiffschiffen fallen bei einem solchen Vergleich auf die Mächte der Achse zwölf, auf die Angelsachsen 46. Bei den Flugzeugträgern ist das Verhältnis mit 24:2 noch günstiger für die Angelsachsen. An Kreuzern stehen 126 angelsächsischen 32 „totalitäre“ Kreuzer gegenüber, an Zerstörern 465 angelsächsischen 110 Zerstörer Deutschlands und Italiens gegenüber. An Unterseebooten schließlich besitzen USA und Großbritannien 179, Deutschland und Italien 140. Es kann als sicher gelten, daß die Ergänzungen zum deutsch-englischen Flottenabkommen den Rechten Deutschlands auf Seemacht und Seegeltung ebenso Rechnung tragen wie die Verpflichtungen, die Großbritannien gegenüber seinem Empire eingegangen ist.

Daladier sprach in Tunis

Paris, 4. Januar. Ministerpräsident Daladier ist nach der Truppenchau in Tunis, die über eine Stunde gedauert hat, in das „Maison de France“ zurückgekehrt, wo er Abordnungen der französischen und tunesischen Bevölkerung und der britischen Kolonie empfing.

Anlässlich des Festessens im Hotel „Majestic“ in Tunis hielt der Ministerpräsident nach einer kurzen Ansprache des Generalresidenten Labonne eine durch Rundfunk übertragene Rede, in der er auf die Beweise der Treue und der Loyalität zu Frankreich, die im Laufe der letzten Monate von Tunis, Alger und Marokko bezeugt worden seien, einging und erklärte, daß das Mutterland ebenso fest an ihnen halte wie sie an Frankreich. Er überbringe ganz Nordafrika den Gruß Frankreichs. Von Tunis aus müsse diese Freundschaftsbotschaft ausgehen, weil Tunis wie Algerien und Marokko eine starke Wehr der französischen Republik darstellen.

Ministerpräsident Daladier wird Dienstagabend 22 Uhr französischer Zeit Tunis verlassen, um sich nach Gabes zu begeben.

Erfolgreiche Großoperationen in Spanien

Außerordentlich starke Verluste des Feindes

Bilbao, 3. Jan. Der nationalspanische Heeresbericht meldet, daß die Truppen General Francos in Katalonien weiter vorzürten. Im Nordabschnitt besetzten die Soldaten des Generals Munoz Grande die Orte Vall de Vebreira und Alentorn sowie Rubio de Abojo, Rubio de Arriba und Rubio de Canadilla. Im Südabschnitt durchbrach General Solhaga die feindlichen Stellungen und eroberte Juncosa Torre del Espinal. Der Vormarsch dauert auch hier an. Die Verluste des Feindes übertrafen bei weitem die der Vortage. Es wurden 234 Gefangene gemacht und über 100 Maschinengewehre erbeutet. Ferner fielen den nationalspanischen Truppen drei große Waffenlager in die Hände. Die nationalspanische Luftwaffe bewarf die militärischen Ziele von Barcelona, Tarragona und Cartagena ausgiebig mit Bomben. Drei feindliche Jagdflugzeuge wurden abgeschossen.

Artesa Segre nach heftigem Straßenkampf genommen

1100 Gefangene, 7 tote Jagdflugzeuge abgeschossen

Bilbao, 4. Januar. An der Katalonien-Front wurden wieder große und erfolgreiche Operationen durchgeführt, die von dem linken Flügel der Arge-Armee unter der Führung des Generals Munoz Grande gemeinsam mit der Maestrazgo-Armee General Moscardos vorgenommen wurden. Die nördlich des Segreflusses operierende Arge-Armee stieß in südlicher Richtung bis zum rechten Segre-Ufer vor, während die Maestrazgo-Armee von Süden kommend, nördlich vorstieß und dabei das linke Ufer des Segre erreichte. Es wurden sofort Bonton-Befehlsbrücken geschlagen und die Verbindung zwischen beiden Heeresgruppen her-

gestellt. Vereint stießen nun die Truppen in östlicher Richtung vor und eroberten die stark besetzten roten Stellungen rings um den Knotenpunkt Artesa de Segre. Der Feind erlitt hierbei außerordentlich schwere Verluste. In den Abendstunden wurde der Ort Artesa de Segre nach heftigem Straßenkampf besetzt. Bei einem weiteren Vorstoß wurde weitlich von Artesa der Ort Bernet besetzt.

Die auf dem rechten Flügel operierenden Formationen der Legionäre, deren Planken von den Navarra-Brigaden gebildet werden, eroberten Castellans, 8 Kilometer südlich Borjas Blancas, den Hauptort der roten Verteidigung. In diesem Abschnitt wurden 1100 Gefangene gemacht.

Der nationalspanischen Luftwaffe gelang es, in zwei Luftkämpfen sieben rote Jagdflugzeuge abzuschließen.

Neben die Einnahme von Artesa de Segre berichtet der Frontberichterstatter des Deutschen Nachrichtenbüros, daß dieser Erfolg in militärischen Kreisen als der bedeutendste der bisherigen Offensive angesehen werde. Der Feind betrachtete Artesa als die Schlüsselfestung für die Verteidigung Kataloniens. Dies geht auch aus den außerordentlich starken Befestigungsanlagen hervor, die u. a. zahlreiche Reihen zementierter Schützengraben und Betonunter aufwies.

Die nationalspanische Infanterie der Arge- und Maestrazgo-Armee zeichnete sich durch vorwegene Sturmangriffe aus, wobei sie zahlreiche Gefangene machte. Alle Operationen wurden von der Luftwaffe, die ununterbrochen die roten Linien bombardierte und mit Maschinengewehren beschuß, tatkräftig unterstützt.

Das erste praktische Ergebnis

der vom Reichsaussenminister in Paris geführten wirtschaftlichen Besprechungen

Paris, 1. Jan. Der Senat hat am 1. Januar das deutsch-französische Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung vom 2. November 1934 sowie das Zusatzprotokoll vom 2. Januar 1937 angenommen.

Man kann wohl annehmen, daß die Ratifizierung des deutsch-französischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch den Senat, die der Ratifizierung durch die Kammer am 16. Dezember folgte, ein erstes praktisches Ergebnis der anfänglichen des Beschlusses des Reichsaussenministers des Auswärtigen von Ribbentrop in Paris geführten wirtschaftlichen Besprechungen ist.

Orkan über dem Schwarzen Meer

Über 100 Schiffe verloren — Zahlreiche Todesopfer

Istanbul, 3. Jan. Der seit Montag vormittag an der türkischen Küste des Schwarzen Meeres wütende orkanartige Schneesturm hat sich inzwischen über ganz Anatolien ausgebreitet und bös mit unermindelter Stärke an Über die Auswirkungen des Orkans laufen nur langsam Einzelheiten ein, da die meisten Telefonverbindungen unterbrochen sind.

Zehn türkische Dampfer, die in der offenen See des Kohlenhafens Ereğli vor Anker lagen, sowie zwei griechische Kohlendampfer wurden durch den Sturm losgerissen und an das Meer getrieben, wo sie strandeten. Vorläufig ist es unmöglich, diesen Schiffen, die meist zwischen den Klippen festgellemmt sind, Hilfe zu bringen.

Aus Anatolien werden zahlreiche Todesfälle durch Ertrinken gemeldet. Mehrere Häuser sind durch die Schneelasten eingedrückt worden und zusammengedrückt.

Die Folgen des Antreiber-Systems

Russische Arbeiter durch die rigorosen Antreibermethoden zu Verzweiflungsakten getrieben

Paris, 3. Januar. Die Agentur Journer bestätigt in einer Meldung aus Moskau, daß die Verordnung der sowjetrussischen Regierung zur Einschränkung einer verschärften, systematischen Überwachung der Arbeit und des entsprechenden Strafsystems unter den Arbeitern wahrhaftige Proteste herbeigeführt habe, die in vielen Orten sogar den Charakter einer regelrechten Revolte angenommen hätten.

Französisches Recht oder Talmud-Vorschläge

Milchpochgebrauch soll Gesetzesübertretung rechtsfertigen

Paris, 3. Januar. Am Dienstagvormittag hatten sich der Onkel und die Tante des jüdischen Mordmörders Herzfel Grünspan vor dem Pariser Appellationsgericht wegen Verletzung des Ausländergesetzes zu verantworten. Das Gericht hatte seine Urteilsentscheidung um acht Tage verschoben.

Der Verteidiger de Moro-Goffetti kam in seinem Plädoyer ausführlich auf die Frage des Asylrechtes in Frankreich zu sprechen.

Schließung der Pariser Lichtspielhäuser?

Als Protest gegen drückende kabbalische Steuern

Paris, 6. Jan. Die Schließung der Lichtspielhäuser von Paris und Umgebung als Protest gegen die neuen Steuern, die den Lichtspielhausbesitzern vom Pariser Stadtrat auferlegt worden sind, wird immer wahrscheinlicher.

Der Feind aller Völker

N.

In einer Generation wird es keine Juden mehr in Italien geben!

Von Dr. Telesio Interlandi, Rom, Hauptstreitleiter und Gründer des römischen Mittagsblattes „Il Tevere“.

Luigi Luzzatti, der wiederholt Ministerpräsident war, schrieb 1913 in der meistgelesenen Tageszeitung Italiens, daß „jedes Volk die Juden hat, die es verdient“. Wenn die italienischen Juden von damals „gut“ waren — oder doch so scheinbar — so bedeutete das nichts anderes, als daß das italienische Volk „gut“ war; man versteht, was „gut“ sein für ein Volk heißt.

Die Stunde der Trennung hat jetzt aber geschlagen. Das faschistische Regime hat diese Trennung mit klarem, entschlossenem und endgültigem Schritt vollzogen. Es kann hier nicht in eine Prüfung der faschistischen Judengesetze eingetreten werden, aber ich kann zum Abschluß des oben Gesagten feststellen: In einer Generation wird es keine Juden mehr in Italien geben!

Unser Judenproblem — eine Ungeheuerlichkeit!

Von Julian Babinski, Chefredakteur des „Mercurius Politi“ Warschau.

In Polen ist es schwer, von einer Judenfrage zu sprechen. Zur Bestimmung dieses Problems gibt es einfach kein Wort. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, die ihregleichen in der Welt nicht hat. Polen besitzt nämlich nur 34 Millionen Einwohner. Nach maßgebenden Berechnungen hatten sich in Polen nicht weniger als 6 Millionen Juden auf! Sechs Millionen! Auf vierunddreißig! Also fast 17 Prozent! Deutschland hatte 700 000 Juden, und die Judenfrage wurde zum brennenden Problem.

Unsere Maßnahmen

Von Dr. Bela Szendy, Königl. ungarischer Ministerpräsident.

Die Judenfrage wurde in Ungarn — wie auch in den übrigen Ländern Mitteleuropas — in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts zu einem wichtigen Problem. In den ungarischen Städten Rumpl-Ungarns lebten 1869 105 000 Juden, im Jahre 1900 aber schon 268 000 und laut der Volkszählung von 1930 bereits 324 000 Einwohner jüdischer Konfession.

Die Schweiz wird ärmer, der Jude reicher!

Von Hans Hiplanals.

Auch in der Schweiz ist der Antisemitismus keine bloße Zeiterscheinung, das heißt er ist durchaus kein moderner „Import“. Die Judenabwehr durchzieht die Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft seit 1201 bis zum heutigen Tage.

Einkommens-Durchschnitt Schweizer Bürger 4522 Franken, Juden 12 576 Franken. Vermögens-Durchschnitt Schweizer Bürger 17 878 Franken, Juden 63 873 Franken.

Die Juden haben somit das Dreifache an Einkommen und Vermögen! Das ist weiter nicht verwunderlich, wenn man davon Kenntnis hat, daß beispielsweise in Zürich die Konfessionsbranche und der Handel mit Textilwaren zu über 94 Prozent in jüdischen Händen liegt!

Unser neuer Weg: ohne Juden

Von Ziri Stribrns, Prag.

Die jüdischen Emigranten können bei uns nicht bleiben. Sie bedrohen uns wirtschaftlich und auch politisch. Das alte Regime war zu den Juden freundschaftlich eingestellt, aber von der neuen Regierung kann man das nicht sagen.

wissen, und zwar ohne Juden. Durch Entfernung aller Parasiten werden sie dann den eigenen Staat zu einem stofflichen, nationalen Staate aufbauen und verwirklichen.

Die Judenfrage in Schweden

Von Landesjugendführer Arne Clementson, Führer der nationalsozialistischen Schwedischen Jugendbewegung, „Nordiskt Ungdom“, Stockholm.

Zuerst eine für Schweden wichtige Feststellung: Die Judenfrage existiert in Schweden! Das mag für Deutschland selbstverständlich sein, nicht aber für Schweden. Im Gegensatz zu Deutschland haben wir nur eine ziemlich kleine Anzahl von Juden bei uns, und zwar am meisten Westjuden, d. h. sogenannte „assimilierte“, getaufte und unauffällige Juden.

Schweden muß dieselbe Arbeit wie Deutschland vollziehen. Vielleicht werden die Mittel verschieden sein, denn noch pocht man gern auf die verlogene, falsche Humanität. Sicher jedoch ist, daß die Lösung der Judenfrage in Schweden genau so erfolgreich erfolgen muß wie in Deutschland.

Rassenpolitik ein Grundelement

Entschliessungen des Nationalrates der faschistischen Partei

Rom, 3. Jan. Der Nationalrat der faschistischen Partei, an dem erstmals auch die Präsidenten des Kriegsteilnehmer- und des Kriegsinvalidenverbandes teilnahmen, hat am Dienstag eine Entschliessung zugestimmt, die Mussolini durch Parteisekretär Starace unterbreitet worden ist.

Wegen Spionage festgenommen

London, 3. Jan. Im Verfolg der Untersuchungen in der Spionage-Angelegenheit von Tran haben die nationalspanischen Behörden, wie hier bekannt wird, den britischen Protokoll Ernest Golding in San Sebastian mit seiner Frau verhaftet.

Japanische Fortschritte in Südwest-Schanxi

Peking, 3. Jan. (Staatsdienst des DRB.) Die Japaner haben bei den Kämpfen gegen die letzten chinesischen Bollwerke im Südwesten der Provinz Schanxi bemerkenswerte Fortschritte gemacht.

Attentat in Tientsin

Neue Spannung um die ausländischen Konzessionen

Peking, 3. Jan. In der französischen Niederlassung von Tientsin wurde der 83jährige Präsident der Handelskammer von Tientsin, Bangatshulin, der sich kurz für enge wirtschaftliche Beziehungen zwischen China und Japan eingesetzt hatte, ermordet.

Beginn des großen Prozesses in Jerusalem

Jerusalem, 3. Jan. Vor dem Kriminalgericht in Jerusalem hat am Dienstag der vor einiger Zeit bereits angekündigte Prozeß gegen die vier britischen Polizisten seinen Anfang genommen, die am 24. Oktober in Jaffa einen arabischen Gefangenen, der ihnen zum Transport übergeben worden war, ohne jeglichen Anlaß brutal niedergemetzelt hatten.

